ISLAMISMUS

Tanz mit dem Teufel

Der Putsch der Hamas im Gaza-Streifen wirft ein Schlaglicht auf eine Organisation, die einer ganzen Region den Stempel aufdrückt – die Internationale der Muslimbruderschaft. Als Sozialbewegung und zugleich straffe Kaderpartei ist sie ein Machtfaktor zwischen Atlantik und Indischem Ozean.

Junge Männer, deren Kinnflaum noch nicht für einen Vollbart reicht, stehen zwischen den Autoschlangen und regeln den Verkehr. Mit jeder Kreuzung auf der verstopften Omar-Muchtar-Straße von Gaza-Stadt werden es mehr. Damit auch jeder weiß, in wessen Dienst sie stehen, tragen sie gelb-grüne T-Shirts mit dem Logo ihres Arbeitgebers: der Hamas.

Es ist das auffälligste Zeichen jenes gewaltsamen Machtwechsels, bei dem die radikal-islamische Bewegung vor drei Wochen die säkulare Fatah aus dem Gaza-Streifen vertrieb. Es ist aber noch weitaus mehr: der sichtbare Beweis dafür, dass die islamistische Internationale, das Netzwerk der Muslimbrüder, zum ersten Mal die Alleinherrschaft über ein Territorium angetreten hat. Ausgerechnet in einem der am dichtesten besiedelten Landstriche der Welt, einem trostlosen, nie zur Ruhe kommenden Laboratorium der politischen Leidenschaften im Nahen Osten.

„Wir haben die Menschen von einem korrupten Regime befreit“, sagt Chalil Abu Leila, 55. Er sitzt im Hinterhof eines Apartmenthauses, trägt einen graumelierten Bart, einen schlichten grauen Anzug und Ledersandalen. Auf dem Tisch vor ihm liegt eine Ausgabe des Koran.

Wie viele Hamas-Führer hat Abu Leila in Ägypten studiert, wie viele Islamisten hat er sich für Pharmazie entschieden: Der Mensch sucht Heilung. In Kairo kam er mit den Muslimbrüdern in Berührung. Nach seiner Rückkehr machte er im Flüchtlingslager Chan Junis eine Apotheke auf und lernte den Arzt Abd al-Asis al-Rantissi kennen. Zusammen schufen sie Ende der siebziger Jahre einen Ableger der Muslimbrüder im Gaza-Streifen. 1987 gründeten sie, so Abu Leila, die Hamas als militärischen Arm der Bruderschaft. Es war der Beginn der ersten Intifada.

Abu Leila gibt sich Mühe, das gewalttätige Image der Muslimbrüder in sanfterem Licht erscheinen zu lassen: „Wir wollen der ganzen Welt Frieden und Gerechtigkeit bringen“, sagt er. Die Gesellschaften des Westens seien krank, die Familien vom Zerfall, die Kinder von Drogen bedroht. Und die meisten arabischen Staaten zerfresse die Korruption. „Wir haben die richtige Medizin dagegen“, sagt der Muslimbruder und zeigt auf den Koran: „Den Islam. Diese Medizin wollen wir an die ganze Welt verteilen.“

Für viele Muslime ist die Hamas die Speerspitze der Bruderschaft, der geschliffene Diamant des politischen Islam. Die säkularen arabischen Nachbarregime dagegen sehen in ihr einen Boten des Untergangs – oder, im Fall Syriens, ein Mittel zum Zweck im Nahost-Konflikt.

Einmütig stellten sich Ägyptens Präsident Husni Mubarak und Jordaniens König Abdullah II. vorige Woche hinter den gemäßigten Palästinenserpräsidenten Mahmud Abbas. Was die Hamas getan habe, sei ein „Putsch“, so Mubarak; seine in Gaza stationierten Diplomaten schickte er nach Ramallah ins Fatah-kontrollierte Westjordanland, den Grenzübergang Rafah ließ er schließen.

Mubarak und Abdullah allerdings schienen bereits auf dem Gipfel von Scharm al-Scheich erste Zweifel zu plagen. Denn nur Stunden zuvor hatte die Nummer zwei des Terrornetzwerks al-Qaida, der Ägypter Aiman al-Sawahiri, sich zu Wort gemeldet und alle Muslime zur Unterstützung der Hamas aufgerufen. Kleinlaut forderte Mubarak noch am Abend die Fatah zum Dialog mit den neuen Herren in Gaza auf.

JAMAL NASRALLAH / PICTURE-ALLIANCE/ DPA

Feier zum 100. Geburtstag Bannas*
„Der Kampf ist unser Weg“

Kein Regime sieht den Umsturz so sehr als Menetekel wie das in Ägypten, dem bevölkerungsreichsten Land der arabischen Welt. Das „Problem der Hamas“, schreibt die regierungsnahe Zeitung „al-Ahram“, sei „nicht auf Gaza beschränkt. Hier in Ägypten erkennen die Muslimbrüder die Legitimität der Regierung, die Verfassung und das Recht nicht an. Wer das ignoriert, bringt uns an das Tor zur Hölle, das sich in Gaza aufgetan hat“.

Mehr als 600 Muslimbrüder hat die ägyptische Regierung seit Dezember verhaften lassen, Studenten, Geschäftsleute, Ärzte, Ingenieure. Riesige Vermögen ließ sie beschlagnahmen. Mit einem „Tumor im Volkskörper“ vergleicht die staatliche Presse die Bruderschaft, eilig ließ man im März über eine Verfassungsänderung abstimmen, die den Brüdern auch politisch den Garaus machen soll.

Es ist der härteste Schlag, der in jüngster Zeit gesetzt worden ist. Und es scheint der vorläufige Schlussakt eines historischen Zwischenspiels zu sein, das vor etwa fünf Jahren begann und „Demokratisierung des Nahen Ostens“ hieß.

Das Drama ist allerdings noch nicht vorbei. Zwar haben die USA, die der arabischen Welt nach dem 11. September 2001 eine „Agenda der Freiheit“ verordneten, inzwischen andere Prioritäten und würdigen die jüngsten Massenverhaftungen in Ägypten mit keiner diplomatischen Floskel. Der politische Islam aber – und an seiner Spitze die Muslimbruderschaft – ist gestärkt aus dieser Episode amerikanischer Nahost-Politik hervorgegangen. Er ist in seiner gemäßigten wie militanten Ausprägung heute ein Machtfaktor zwischen Atlantik und Indischem Ozean:

- In Marokko ist die „Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung“ vor der Wahl im September auf dem Weg von der größten Oppositions- zur Regierungspartei, in Algerien stützt die „Bewegung für eine Gesellschaft des Friedens“ die Koalition von Präsident Abdelaziz Bouteflika.

* Im November 2006 in Amman.

UPI / IMAGO

Siegreiche Hamas-Kämpfer in Rafah: *„Islam als Medizin für die Welt“*

NASSER NURI / REUTERS

Muslimischer Student, Schule der Muslimbruderschaft*: *„Tumor im Volkskörper“*

SCOTT NELSON / WPN / AGENTUR FOCUS

- In Ägypten haben Muslimbrüder als Unabhängige bei der Parlamentswahl 2005 die Zahl ihrer Abgeordneten von 15 auf 88 mehr als vervierfacht – dabei traten ihre Kandidaten nur in 160 von 444 Wahlkreisen an, um einer frühzeitigen Konfrontation mit dem Regime aus dem Weg zu gehen.
- In Jordanien stellt die „Islamische Aktionsfront“, der politische Flügel der Bruderschaft, 17 von 110 Abgeordneten. Hier sind die Muslimbrüder Teil des politischen Establishments.
- Im Jemen, in Bahrein und in Kuweit operieren die Muslimbrüder aus der parlamentarischen Opposition heraus. Sie haben sich mit Niederlagen – wie der Einführung des Frauenwahlrechts in Kuweit – abgefunden, doch ihre Erfolge nehmen zu.

Wer sind diese Muslimbrüder? Was wollen sie in Ägypten und Jordanien, was wollen ihre Gesinnungsgenossen in Marokko?

Ein verfallenes Backsteinhaus in Mahmudija, einer Kleinstadt im Nildelta. Die Balken sind eingestürzt, es stinkt nach Müll, Ratten laufen herum. Hier wurde vor 101 Jahren Hassan al-Banna geboren, der Schöpfer der Muslimbruderschaft. Die hat Banna 1928 gegründet – in Ismailija, wo noch heute die Hauptverwaltung des Suezkanals sitzt. „Allah ist unsere höchste Wahrheit, der Prophet unser Führer, der Koran unser Gesetz, der Kampf unser Weg“, beginnt das Credo der Bewegung. Von Anfang an dominierten ein versöhnlicher und ein harter Zug ihre Geschichte: Die Bruderschaft war immer eine karitative, reformerische Sozialbewegung – und gleichzeitig eine straff organisierte, autoritär geführte Kaderpartei.

Ihr feindseliges Verhältnis zur britischen Kolonialmacht, zur ägyptischen Monarchie und später zum totalitären Regime Gamal Abd al-Nassers kehrte früh ihren militanten Zug hervor. Banna, der zwar stets das Erzieherische an seiner Bewegung betonte, war ein radikaler Rhetoriker: „Der Sieg kann nur durch Meisterschaft in der Kunst des Todes kommen“, schrieb er. Die Freuden des Märtyrertums, der Dschihad als bewaffneter Kampf – zentrale Begriffe bis heute – sind schon früh angelegt.

Anfang der vierziger Jahre gründete Banna einen paramilitärischen „Geheimapparat“, dessen Mitglieder in freimaurerhaften Zeremonien eingeschworen wurden und dessen Attentate auf Politiker, Richter und britische Soldaten bald tödlich auf den Gründer selbst zurückschlagen sollten. Am 12. Februar 1949, als Banna in Kairo in ein Taxi stieg, schossen vermutlich Regierungsagenten ihn nieder. Sein Grab auf einem Friedhof im Armeleuteviertel Bassatin unterscheidet sich nur durch die Inschrift von den Gräbern der Namenlosen: „Dies

* Oben: auf einer Demonstration gegen die Regierung in Kairo; unten: in Alexandria.

ist der Tempel des Märtyrers Hassan al-Banna.“

Nach dem missglückten Attentat eines Muslimbruders auf Staatspräsident Nasser 1954 sah sich die Bewegung verfolgt. Gleichzeitig aber begann ihr Aufstieg, denn viele Aktivisten, die entkamen, flohen ins Ausland, wo sie neue Netzwerke flochten. Und wie in Ägypten, das als erster arabischer Staat mit der Landflucht und der wachsenden Armut nicht fertig wurde, etablierte sich die Bruderschaft in der ganzen Region als zuverlässiger Helfer für Millionen.

Die Faruk-Klinik im Kairoer Stadtteil Maadi: Unter einem Wellblechdach sitzen Männer, Kinder und verschleierte Frauen auf grünen Plastiksitzen. Daneben steht eine mit getrocknetem Blut verschmierte Bahre, durch ein Fenster reicht ein Apotheker Medikamente an Patienten hinaus.

AP

Sprecherin Yassine (vorn M.) bei einer Demonstration in Rabat: *„Wir fordern einen islamischen Pakt“*

Im Flur hängt eine Preistabelle: umgerechnet 1,50 Euro für eine einfache Untersuchung, 100 Euro für eine Geburt. Das ist weniger als ein Zehntel dessen, was private Krankenhäuser verlangen; die hygienischen Verhältnisse aber sind viel besser als in staatlichen Kliniken. „Manche Patienten können umsonst behandelt werden“, sagt der Arzt Abd al-Fatah Risk. Finanziert wird das Krankenhaus teils über die Einkünfte, teils über Spenden.

Überall in der arabischen Welt, in den Elendsvierteln am Stadtrand von Casablanca, in den überfüllten Straßenfluchten von Gaza-Stadt oder im sunnitischen Westen von Bagdad, unterhalten die Islamisten solche Anlaufstellen. Sie sind immer dort anzutreffen, wo die Regierungen am eklatantesten versagt haben: im Gesundheitswesen, in der Erziehung oder wenn jemand in Not geraten ist und Kredit oder Rechtsbeistand braucht.

Der typische Muslimbruder ist kein Krawallmacher, er ist Arzt, Apotheker, Lehrer oder Rechtsanwalt. Er trägt Hose und Hemd statt der knöchellangen weißen Dischdascha, er entstammt der Mittelschicht – und er ist erfüllt von Wut. Wut über die – wie er es sieht – allzu enge Partnerschaft seiner Regierung mit dem moralisch verdorbenen Westen. Daran gehindert, eine Politikerlaufbahn einzuschlagen, ist er vor allem als Funktionär in den arabischen Ärzte-, Ingenieurs- und Rechtsanwaltskammern anzutreffen. Dort allerdings ist er unter seinesgleichen.

Saki Bani al-Raschid, 50, ein Ingenieur, trägt einen akkurat geschnittenen Vollbart und einen braunen Knubbel auf der Stirn. Der Gebetsfleck demonstriert Frömmigkeit – er zeugt von den vielen Niederwerfungen beim Gebet. Raschid ist Generalsekretär der Islamischen Aktionsfront, des politischen Arms der Muslimbruderschaft in Jordanien, er residiert in einem sauberen Neubau im Zentrum von Amman. Die Parteiflagge auf seinem Schreibtisch zeigt zwei ineinanderverschränkte Hände, auf dem Computer flimmert ein Bildschirmschoner mit Schwert und Koran.

Jordanien ist eine Ausnahme. Seit fast 60 Jahren werden die Muslimbrüder hier geduldet. Das kleine Königreich setzt auf Verständigung mit den gemäßigten Islamisten. „Wir wollen keine Theokratie wie in Iran einführen. Wir sind moderate Islamisten“, sagt der Generalsekretär.

Wo die Bruderschaft etabliert ist wie in Jordanien, geht das häufig auf die siebziger und achtziger Jahre zurück. Unterstützt vom Westen, setzten einige autokratische Regime im Kalten Krieg ausdrücklich auf die Islamisten: Man hielt sie für ein Gegengewicht zu den Kommunisten – eine Fehlkalkulation von historischem Ausmaß, wie sich bald herausstellen sollte.

Als erstes Land erfuhr Ägypten, wozu die militanten Abspaltungen des politischen Islam imstande waren: Während einer Parade am 6. Oktober 1981 in Kairo stürmten Anhänger der Gruppe „Islami-

AL AKHBAR / LAIF

Ermordung von Präsident Sadat 1981 in Kairo: *Militante Abspaltung des politischen Islam*

scher Dschihad“ auf die Tribüne zu und ermordeten Präsident Anwar al-Sadat.

Eine der Führungsfiguren des Islamischen Dschihad, der Kairoer Arzt Aiman al-Sawahiri, gilt inzwischen als der exemplarische Fall eines Muslimbruders, der zum Terroristen wurde: begabter Spross einer bürgerlichen Familie, als Student befeuert von den Schriften des Bruderschaftsideologen Sajjid Kutb, später Mudschahid in Afghanistan, Arzt, Vertrauter und Stellvertreter Osama Bin Ladens – Sawahiris Werdegang hat Qaida-Sympathisanten bis tief nach Europa inspiriert und dient den arabischen Sicherheitsapparaten gleichzeitig als definitiver Beleg für die Gefährlichkeit der Bruderschaft.

Gerade al-Qaidas folgenreichste Operation sollte jedoch eine Zäsur in der Geschichte des politischen Islam auslösen: Trotz Sawahiris jüngster Solidaritätsadresse an die Hamas zeichnet sich seit den Anschlägen des 11. September 2001 eine Entfremdung zwischen den Dschihadisten und den Reformisten ab. Die Bruderschaft, so Sawahiri, locke „Tausende junge muslimische Männer an die Wahlurnen, anstatt sie für den ‚Heiligen Krieg‘ zu rekrutieren“.

Genau das, beteuern Bruderschaftsführer, verstünden sie als ihren Auftrag: „Gäbe es uns nicht“, sagt der Ägypter Issam al-Erijan, „dann hätten die meisten Jugendlichen dieses Zeitalters den Weg der Gewalt eingeschlagen. Die Bruderschaft ist zu einem Sicherheitsventil für den gemäßigten Islam geworden.“

Was taugen solche Erklärungen? Sind die Muslimbrüder in der arabischen Welt wirklich entschlossen, dem Beispiel der türkischen Islamisten zu folgen und sich in einen demokratischen Prozess einzugliedern? Oder stimmt, was das Kairoer Wochenblatt „Rose al-Jussuf“ vorige Woche schrieb: „Für die Bruderschaft ist Demokratie nichts als ein Tanz mit dem Teufel. Sie ist ihr Mittel, an die Macht zu kommen. Nachher peitschen sie die Demokratie aus und köpfen sie mit dem Schwert.“

Der politische Islam hat viele Gesichter – eines von ihnen ist dezent geschminkt und trägt ein Kopftuch, farblich abgestimmt auf ein braunes Seidenkostüm. Fromm, aber schick: Nadia Yassine, 48, ist Sprecherin der illegalen, aber geduldeten Bewegung „al-Adil wa al-Ihssan“ („Gerechtigkeit und Wohlfahrt“) und Aushängeschild der außerparlamentarischen Islamisten in Marokko.

Wer sie besuchen will, muss nach Salé. Die Zwillingsstadt gegenüber von Rabat mit ihren Slums ist eine Hochburg der Islamisten. Ein Auto mit abgedunkelten Scheiben parkt vor ihrer Wohnung. „Ich stehe unter Beobachtung“, entschuldigt sie sich und bietet gesüßten Pfefferminztee und Gebäck an.

„Unsere Religion ist durchaus frauenfreundlich.“

Es waren kleine, extremistische Gruppen im Maghreb, die in den vergangenen Jahren von sich reden machten, nicht zuletzt durch die Terroranschläge von Casablanca im Mai 2003, bei denen 45 Menschen ums Leben kamen. Als König Mohammed VI. daraufhin das „Ende der Laschheit“ verkündete, musste „al-Adil wa al-Ihssan“ schnell reagieren, um nicht mit den Bombenlegern gleichgesetzt zu werden. „Wir sind eine gewaltfreie, eine spirituelle Bewegung“, sagt Nadia Yassine, die Tochter eines prominenten Sufi-Scheichs.

Yassine, die Kultur- und Politikwissenschaft studiert hat, könnte eines Tages die Nachfolge ihres Vaters antreten – in der arabischen Welt wäre das einzigartig. Feministin und Islamistin, für Yassine ist das kein Widerspruch. „Unsere Religion ist durchaus frauenfreundlich“, sagt sie, „nur diese kleinen Machos sind schuld, dass alle Welt das Gegenteil glaubt.“ Würde Nadia Yassine die wachsende Demokratie wieder abschaffen, wenn ein islamischer Staat nach ihren Vorstellungen zustande käme? „Wir fordern einen islamischen Pakt, der alle Gruppen einschließt“, sagt sie. Sonst seien neue Attentate nicht auszuschließen, genauso wie ein Staatsstreich – in Marokko wie in anderen arabischen Staaten. Der Westen habe die Wahl, wen er künftig unterstütze.

Er sei heute eine Spur vorsichtiger mit seinen Urteilen als noch vor zwei Jahren, räumt der Ägypter Amr Hamzawy ein. Er sitzt in Washington und beobachtet für die renommierte Carnegie-Stiftung die Entwicklung der islamistischen Bewegungen in der arabischen Welt. Vor zwei Jahren war er Optimist: „Die moderaten Islamisten stellen sich immer besser auf demokratische Prozeduren ein“, schrieb er damals. Europa und die USA seien gut beraten, mit den „Graswurzel-Islamisten“ ins Gespräch zu kommen und den autokratischen Regimen die Repression auszureden.

Heute ist er vorsichtiger. Es gebe „Grauzonen“, in denen die Islamisten Klärungsbedarf hätten: ihr Verständnis der Scharia, der islamischen Rechtsordnung, ihr Verhältnis zu den Rechten der Frau, zu religiösen Minderheiten, zur Gewalt. Umgekehrt aber, fügt Hamzawy hinzu, müsse sich der Westen darauf einstellen, dass die Sprache des Islamismus mit anderen Begriffen operiere als der politische Diskurs des Westens: „Islamisten werden nie das Wort säkular benutzen, um die Neutralität ziviler Institutionen zu beschreiben. Und man sollte auch nicht erwarten, dass sie ihre Betonung der islamischen Lehre als Grundlage allen Handelns aufgeben.“

Zweierlei hat die Muslimbrüder über die Jahre erfolgreich gemacht: Das waren die Versäumnisse der arabischen Regierungen und die Wohltaten, die sie den Verarmten, den Kranken, den Barfüßigen haben zuteil werden lassen. Ob ihnen das auch unter dem wachsenden Druck des Westens gelingt, wird sich im Gaza-Streifen erweisen.

Dort verkündet die Hamas erste Erfolge: Die neue Bereitschaftspolizei – blaue Tarnhosen, schwarze T-Shirts – schaut nicht nur der neuen Verkehrspolizei bei der Arbeit zu, sie führt auch Drogen- und Alkoholrazzien durch und beschlagnahmt Waffen. Inzwischen hat die Truppe sogar ihre Masken abgelegt, die Bürger sollen ihre Polizei nicht als Bedrohung wahrnehmen.

„Zuerst haben wir den Menschen die Sicherheit zurückgegeben“, sagt der Hamas-Führer Abu Leila, nun gehe es darum, das geltende Recht der Autonomiebehörde wiederherzustellen. „Zur Einführung der Scharia brauchen wir noch mehr Zeit. Aber die arbeitet für uns.“

Amira El Ahl, Christoph Schult, Daniel Steinvorth, Volkhard Windfuhr, Bernhard Zand

* Mit dem abgesetzten Palästinenser-Premier Ismael Hanija.

AFP (L.); MOHAMMED SALEM / REUTERS (R.)

Qaida-Führer Sawahiri, Hamas-Führer Abu Leila (r.)*: *„Wahlurne statt ‚Heiliger Krieg‘“*